



Nr. 27 / 19. September 2022

Bürgerbeauftragte zum Weltkindertag: Teilhabe auch für Kinder und Jugendliche gewährleisten

Anlässlich des morgigen Weltkindertages (20. September) fordert die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, dass die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im Kontext von Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit vorangetrieben werden muss. „Der Weltkindertag richtet den Fokus darauf, wie wir den Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft die Teilhabe ermöglichen und ihre Rechte sichern. Leider ist hier in vielen Bereichen noch ein weiter Weg zu gehen“, so die Bürgerbeauftragte heute (Montag) in Kiel.

Nach aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes liegt die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bei 16,2 %. Das ist in etwa jede*r Sechste und es steht zu befürchten, dass sich die Situation für die Kinder und Jugendlichen angesichts der aktuellen Krisen noch weiter verschärft. „Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet ein Aufwachsen in Armut ein Aufwachsen ohne Chancengleichheit. Dies fängt bereits bei der Frage der frühkindlichen Bildung und der Verfügbarkeit und Finanzierbarkeit von Kitaplätzen an und setzt sich bei der Frage der Bildungsgerechtigkeit in Schulen und der sozialen Teilhabe fort“, betonte die Bürgerbeauftragte.

Der diesjährige Weltkindertag findet unter dem Motto „Gemeinsam für Kinderrechte“ mit dem Themenschwerpunkt Frieden und Teilhabe statt. „Der Ukrainekonflikt verändert das Aufwachsen unserer Kinder, sowohl hinsichtlich der Bedrohung unserer Sicherheit als auch der finanziellen Folgen. Die zunehmende Belastung der privaten und öffentlichen Haushalte wird zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe. Umso wichtiger ist es, dass wir die Lehren aus der Coronapandemie beherzigen und die Interessen der Kinder und Jugendlichen nicht wieder aus den Augen verlieren“, so El Samadoni. „Die geplante Kindergrundsicherung kann hier nur ein erster Schritt sein. Die Einführung dieser Leistung wurde aber aufgrund der angespannten Haushaltslage auf 2025 verschoben“.

Von zentraler Bedeutung für ein sicheres Aufwachsen ist der Schutz vor Gewalt. „Als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe beunruhigen mich vor allem aber die steigende Zahl

der Kindeswohlgefährdungen“, hob die Bürgerbeauftragte hervor. Hiervon waren im Jahr 2021 rund 59.000 Kinder und Jugendliche betroffen. Jedes zweite dieser Kinder war jünger als acht Jahre (49 %), jedes vierte sogar jünger als vier Jahre (25 %). „Auch hier steht zu befürchten, dass die familiären Systeme aufgrund der aktuellen Krisen zunehmend weiter unter Druck geraten und sich der Trend der steigenden Zahl der Kindeswohlgefährdungen fortsetzt“, mahnte die Bürgerbeauftragte.